

Kultur und Entwicklung

Ein zu wenig beachteter Aspekt in Entwicklungstheorie und -praxis

Frank Bliss

Die meisten "großen" Entwicklungstheorien haben der kulturellen Dimension von Entwicklung wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Selbst dort, wo endogenen Kräften herausragende Bedeutung bei der Erklärung von Unterentwicklung beigemessen wird, fehlt eine schlüssige Untersuchung der kulturellen "Hemmfaktoren". In diesem Beitrag wird in Stichworten die unzulängliche Berücksichtigung von Kultur durch entwicklungspolitische Theorien beschrieben, daran anknüpfend die Bedeutung der (sozio-)kulturellen Dimension von Entwicklung skizziert und schließlich auf Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer stärkeren Einbeziehung kultureller Aspekte in Entwicklungstheorie und Entwicklungszusammenarbeit hingewiesen.

Daß sich ein Ethnologe in die entwicklungstheoretische Diskussion begibt, ist im deutschsprachigen Bereich eine Seltenheit, da sowohl die praktischen Berührungspunkte des Faches mit der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) keine lange Tradition haben (die Existenz einer "Entwicklungsethnologie" läßt sich kaum vor Mitte der 80er Jahre ausmachen) als auch die theoretischen Voraussetzungen (hier die eher abstrakte Debatte zwischen Evolutionismus und Kulturrelativismus, dort vorrangig die Analyse ökonomischer Prozesse) grundverschieden sind. Geschieht dies doch, so hat das zwei Gründe: der erste, eher "defensive" Grund ist, nachzuweisen, daß kulturelle Aspekte¹⁾ von Entwicklung absolut kein "Modethema" in der Debatte darstellen, wie z. B. Ulrich Menzel behauptet²⁾, sondern noch nie ernsthaft behandelt wurden; der zweite "offensive" Grund liegt darin, der tendenziellen

Kulturfeindlichkeit der entwicklungstheoretischen Debatte einige Überlegungen gegenüberzustellen, die die wichtige Rolle der kulturellen Dimension betonen.

Vom Kolonialismus zur Humankapitalentwicklung: ohne kulturelle Dimension

Wenn alte Kolonialtheorien, mit denen die Herrschaft von weißen Menschen über z. B. schwarze Menschen begründet wurde (und die sich auf rassische Merkmale, klimatische Wirkungen oder kulturelle Gegebenheiten stützte), irgend etwas Positives hatten, dann die Tatsache, daß sie sich – wenn auch extrem diskriminierend – doch jedenfalls mit den Menschen und ihren Lebensformen beschäftigten. Bereits im 19. Jahrhundert stellen die damals noch im Mittelpunkt der Debatte stehenden Kultur-anthropologen jedoch fest, daß sich der Kolonialismus mit der zu geringen Entwicklung der kulturellen Phänomene in den eroberten Ländern kaum begründen läßt. Der deutsche Funktionalist Richard Thurnwald versucht (sogar während der Nazizeit) nicht einmal mehr ansatzweise, den Anspruch auf Rückerhalt der mit dem Ersten Weltkrieg verlorenen Kolonien mit den kulturellen Zuständen vor Ort zu rechtfertigen³⁾. In der späteren entwicklungstheoretischen Diskussion verliert sich die Bedeutung der Kultur dann völlig.

Die in den fünfziger und sechziger Jahren die Weltentwicklungsdebatte dominierenden Modernisierungstheorien führten zwar die von ihnen ausgemachte Rückständigkeit der (ehemaligen) Kolonien überwiegend oder ausschließlich auf endogene Faktoren zurück, machten sich aber wenig Mühe, diese Faktoren (die ja als gewachsene Elemente der Kulturen in den betreffenden Ländern verstanden wurden und nicht als koloniale Deformationen) zu benennen, geschweige denn, sie genauer zu analysieren. Selten gehen die vorgetragenen Argumente tiefer als z. B. zu der lapidaren Feststellung, daß die traditionellen Kulturen aufgrund der Bedeutung des in ihnen weiterhin dominierenden Sakralen gehemmt seien, ohne daß jedoch untersucht wurde, worin denn nun die aus diesem Sakralen resultierenden Hemmnisse gegenüber spezifischen Entwicklungen liegen.

Bassam Tibi andererseits machte darauf aufmerksam, daß – wenn Modernisierung als ökonomische Exploitationsmaximierung von Ressourcen verstanden wird, verbunden mit etwas (formaler)

Demokratie und Wahrung der Menschenrechte, wie dies heute in den meisten gängigen Modernisierungskonzepten zum Ausdruck kommt – selbst islamischer Fundamentalismus mit dem ökonomischen Grundgedanken hervorragend zurecht kommt. Koran und Computer schließen sich in keiner Weise aus, und auch für die Kapitalakkumulation gibt es im Fundamentalismus geeignete Lösungen. Und geht man von der im obigen Sinn "entwickelten" städtischen Gesellschaft etwa in Maskat oder Riad aus, so gibt es durchaus religiöse (kulturelle) Normen, die in den aus modernisierungstheoretischer Sicht "modernsten" technischen Bereichen fortbestehen können, ohne diese ernsthaft zu belasten, obwohl sie nur als archaisch angesehen werden können, so das bei Tibi genannte Beispiel der Virginität als Ehrenmerkmal in allen islamischen Gesellschaften, unabhängig von der jeweiligen sozio-ökonomischen Entwicklung⁴⁾.

Marxistische Theorien (anders als Karl Marx⁵⁾ selbst in seinen Arbeiten), Imperialismustheorien unterschiedlichster Art und auch die Dependenzia-Diskussion der siebziger Jahre haben mit den Hauptströmen der Modernisierungstheorie zumindest eines gemeinsam: Sie vernachlässigen die Untersuchung kultureller Gesichtspunkte nahezu völlig, indem sie sich vorrangig auf ökonomische Strukturen berufen und diese aus dem kulturellen Kontext (übrigens beider beteiligter Gesellschaftssysteme) herauslösen, ja geradezu von den anderen kulturellen Phänomenen isolieren. (Natürlich wenden sich viele Dependenz-Ansätze auch bewußt gegen "kulturalisierende" Tendenzen, um aufzuzeigen, daß Unterentwicklung nicht durch die Kultur einer Gesellschaft, sondern durch Ausbeutung verursacht wird.) So fließt nur die eigene Rationalität des Analytikers in die Ergebnisse ein. Erstaunlicherweise zeigt ein Vergleich der Perspektive der unterschiedlichen Vertreter etwa der Dependenzia-Theorie, daß es hierfür nahezu gleichgültig ist, ob diese aus Lateinamerika, der arabischen Welt oder Europa stammen; das ist aber dann weniger erstaunlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die verwendeten analytischen Kategorien alle auf die selben geistigen (nord-amerikanisch-europäischen) Väter zurückgehen.

Nur der Bielefelder Verflechtungsansatz, will man ihn als eigenständige Weiterentwicklung von Ideen aus der Dependenzia-Debatte ansehen, schaut erstmals relativ offen in die Gesellschaften selbst hinein. Die bislang dominierende Blickrichtung auf diejenigen ökonomischen Prozesse, die außenwirtschaftliche

Bedeutung haben, wird in den empirischen Studien der Bielefelder erweitert durch die Einbeziehung der Sichtweise der Produzenten selbst – und fast selbstverständlich stoßen die Soziologen auf die Bedeutung der Subsistenzproduktion als eines der bestimmenden Entwicklungsfaktoren vieler Gesellschaften⁶⁾. Erst aus dieser Perspektive wird deutlich, warum bestimmte unterstellte "europäische" Rationalitäten in anderen Gesellschaften überhaupt keine sind und umgekehrt.

"Statt Diskussionen über Ursachen zu führen, Initiativen dort entwickeln, wo die Armen leben", kann als Grundidee der in den 70er Jahren formulierten Grundbedürfnisstrategie (auch im Sinne einer Anti-Theorie) zusammengefaßt werden. Der positive Grundgedanke, nicht auf indirekte Wirkungen globaler Modernisierung von oben zu warten, sondern die Lebensbedingungen der Armen direkt zu verbessern und hieraus eine von breiten Massen getragene Entwicklung abzuleiten, schien der endgültige Durchbruch auch für eine Annäherung an die Kultur dieser Massen. Als besonders enttäuschend anzusehen – und dies ist wahrscheinlich eine der Ursachen für das Scheitern auch des Grundbedürfnisansatzes – war jedoch die Tatsache, daß die "Strategie für unten" und die aus ihr abgeleiteten Entwicklungsmaßnahmen, ebenso wie alle anderen, von oben am grünen Tisch geplant wurde und ohne Kenntnis der kulturellen Bedingungen allein auf "westlichen" Handlungsrationitäten aufgebaut war.

Ein wesentlicher Fehler, der sich durch die im Rahmen der Grundbedürfnisstrategie geplanten und implementierten Maßnahmen zog, war bereits die in den modernisierungstheoretisch begründeten Projekten übliche Attitüde, stellvertretend für die eigentlichen Zielgruppen zu handeln. Zu einer Zeit, da Begriffe wie Bürgerbeteiligung und -mitwirkung auch in Europa noch keineswegs durchgängig in die kommunalen Planungsverfahren Eingang gefunden hatten, wurden auch die Zielgruppen der Entwicklungshilfe zumeist erst mit der "fertigen" Maßnahme konfrontiert: Ein neu errichteter Bewässerungsperimeter wurde ihnen übergeben, sie erhielten von Fachleuten befestigte Brunnen oder man übereignete ihnen aus der Hand von Ingenieuren Zuchttiere, Häuser, Geräte oder verbessertes Saatgut.

Im Hinblick auf die Wirkungen des Fehlens von Partizipation gab es jedoch einen grundlegenden Unterschied zwischen den Empfängern der Entwicklungshilfe und den Bürgern Europas.

Den letzteren wurden unter Ausschluß ihrer Mitwirkung vor allem fertige Infrastruktureinrichtungen vorgesetzt, im Extremfall eine Autobahn vor das Eigenheim, oder sie wurden mit Zentimetermaßen auf den Bau ihrer Wohnhäuser festgelegt. In den Ländern des Südens dagegen ging es häufig um die "Übergabe" eines kompletten wirtschaftlichen Produktionssystems, das ganz anders war als alles vorher Bekannte, und damit verbunden um die Vorgabe einer ganz anderen Lebensweise.

Auch die neueren (neoklassischen/neoliberalen) Entwicklungskonzepte, die die Suche nach Erklärungen für Ursachen der Unterentwicklung vernachlässigen und selbst die Fehler von drei Dekaden EZ kaum analysieren, setzen sich nicht mit kulturellen Bedingungen des Entwicklungsprozesses auseinander. Die Formeln von Deregulierung und Marktöffnung werden heruntergebetet, ohne überhaupt der Frage nachzugehen, ob Angehörige anderer Gesellschaften die Idee des grenzenlosen Wachstums um jeden Preis so ausnahmslos teilen. Nahezu apolitisch werden im übrigen die (Rahmen-)Bedingungen des in den Bereich des Numinosen gehobenen Weltmarktes ebenso ignoriert wie sämtliche internen Bedingungen in den betroffenen Ländern des Südens.

Die neuere Variante im Gebäude der Modernisierungstheorien, die vorrangig auf die Entwicklung des "Humankapitals" abzielt, kommt den Menschen selbst nur scheinbar näher, ignoriert sie doch bewußt ihren kulturellen Hintergrund. Es geht in diesem Ansatz auch nicht primär um das Verstehen von Handlungsrationitäten und deren Vereinnahmung als Entwicklungsmotor, sondern im Gegenteil um die Umerziehung von Menschen aus einem nicht weiter beachteten, schon gar nicht erforschten, aber pauschal als entwicklungshemmend angesehenen kulturellen Milieu zu solchen, die nach westlichen kulturellen Vorstellungen einfach funktionieren.

Verweigert Afrika die Entwicklung?

Axelle Kabou (Kamerun) stellt in ihrer Streitschrift gegen "schwarze Eliten und weiße Helfer" die endogenen Faktoren der afrikanischen Entwicklungsproblematik in den Mittelpunkt ihrer Erörterungen und grenzt sich damit erheblich von jener Mehrheit afrikanischer Politiker und Intellektueller ab, die vorrangig im Weltwirtschaftssystem und im (Post-)Kolonialismus die Schuld an

den Problemen sehen⁷⁾. Die Autorin betont explizit die negative Rolle, die bei der Festschreibung der Unterentwicklung Afrikas die Diktatoren und politischen Eliten spielen, die die Menschen sogar erfolgreich davon überzeugt haben, daß Afrika selbst nicht im geringsten für sein Schicksal verantwortlich sei.

Axelle Kabou weist jedoch keinen neuen Weg aus dem Dilemma, wenn sie in der Folge feststellt, Afrika sei unterentwickelt und stagniere, weil es Entwicklung entschieden ablehne. Abgesehen davon, daß es wenig Sinn macht, pauschal von Afrika zu sprechen, ist diese Feststellung aus Sicht vieler Afrikaner sicher eine Provokation. Hier nähert sich die Autorin einer auch an anderer Stelle immer wieder anklingenden modernisierungstheoretischen Konzeption, die ihren Maßstab aus der modernen Industriegesellschaft bezieht. Afrika entwickelt sich dabei gewiß nicht so, wie es sich die Modernisierer unterschiedlichster Couleur vorstellen. Der Hinweis, es gebe noch keine Bestandsaufnahme der wirklich dynamischen traditionellen Werte afrikanischer Kultur, relativiert die apodiktische Aussage der Autorin nicht – es wird deutlich erkennbar, daß die Bewertung des Dynamischen (und auf der anderen Seite dessen, was nicht wert ist, beibehalten zu werden) von ihr selbst nach modernisierungstheoretischen Maßstäben vorgenommen wird.

Kabou hat in ihrer in vieler Hinsicht guten und mutigen Analyse etwas Wichtiges außer acht gelassen, was auch die meisten Theoretiker von links und rechts gleichermaßen übersehen haben, daß nämlich das, was hier als Verweigerung gegenüber der Entwicklung angesehen wird, bei sehr genauer Analyse sich durchaus als ein eigener Entwicklungsansatz versteht - allerdings nach völlig anderen Maßstäben (vgl. im Bielefelder Verflechtungsansatz die Rolle der Subsistenzwirtschaft als Beitrag zur Lösung ökonomischer Probleme). Damit ist das Kernproblem des Verhältnisses von "traditioneller" Entwicklungstheorie (von Ricardo bis Myrdal) zur Kultur überhaupt angesprochen: Es gibt nicht nur das Nebeneinander von "arm" und "reich" bzw. "unterentwickelt" und "entwickelt", das bisher als Grundproblem der entwicklungstheoretischen Diskussion angesehen wurde, sondern es gibt erhebliche Unterschiede zwischen den Zielen unterschiedlicher Gruppen von Armen beim Bestreben, ihre Lage zu verändern, und den Zielen unterschiedlicher Entwicklungstheoretiker aus Nord und Süd, ihrerseits die Lage der Armen zu analysieren und Veränderungen vorzuschlagen. Bei

letzteren spielt es nur eine marginale Rolle, ob diese nun innerhalb modernisierungs-, dependenz- oder weltstheoretischer Debatten die Ziele der Armen selbst unbeachtet lassen.

Gruppen in Afrika und andernorts auf der Welt verfolgen ihre eigenen Entwicklungsziele und -strategien, die man durchaus als traditionelle Ziele und Strategien bezeichnen kann. Mit diesem Hinweis sei keineswegs dem Traditionellen "an sich" undifferenziert das Wort geredet, da unter Umständen althergebrachte Lösungen nicht dazu beitragen können, die Lage der armen Bevölkerung zu verbessern, weil die heutigen Probleme wie Bevölkerungswachstum oder Ressourcenzerstörung nicht im Repertoire des traditionellen Krisenmanagements vorkommen. Vorsicht ist jedoch geboten, wenn traditionelle Denk- und Handlungsweisen ohne eine holistische Analyse des Handlungsrahmens als entwicklungshemmend bzw. als zur Lösung dringlicher Probleme nicht dienlich angesehen werden. Nur allzuoft dürfte sich nämlich herausstellen, daß es nicht nur die traditionellen Ansätze sind, die keine Lösung mehr bieten, sondern daß diese ebenso wie alle induzierten Entwicklungs(hilfe)beiträge wegen der von Kabou benannten Faktoren nicht mehr funktionieren.

Normalität als Entwicklung

Gemeinhin werden Zahlen zwischen 800 Millionen und 1200 Millionen absolut Armer auf der Welt genannt. Eine detaillierte, holistische Auseinandersetzung mit den Lebensbedingungen der Menschen dürfte erhebliche Überraschungen mit sich bringen - falls man von der eigenen Perspektive dieser Menschen ausgeht. (Diese Perspektive heißt in der Sprache der Kulturanthropologen *emisch*, im Gegensatz zum von außen kommenden *etischen* Blick der Forscher.)

Aus "emischer" Sicht werden vermutlich Hunderte Millionen Menschen wie die "normalen" afrikanischen Bauern Ghanas oder Guineas aus der Kategorie "arm und unterentwickelt" herausfallen, da sie sich überhaupt nicht als "unterentwickelt" fühlen; andererseits wird man einige hundert Millionen, die bisher nicht in die Kategorie der Armen eingerechnet wurden, wie städtische Unterschichten und die verarmten und absolut perspektivlosen Staatsangestellten vieler Länder, neu hier einordnen müssen.

Unter dem Strich wird sich sicher durch eine derartige Umdefinition von Armut bzw. eine neue Prioritätensetzung nichts an

der Notwendigkeit ändern, auch langfristig mit externen Inputs zur Verbesserung der Lebensbedingungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen beizutragen. Schon gar nicht darf der Versuch, traditionellen Lebensweisen den Geruch von "arm und unterentwickelt" zu nehmen, die Bereitschaft der reichen Länder mindern, ihren finanziellen Verpflichtungen im Rahmen der internationalen Solidarität nachzukommen.

Angelpunkt einer Einstufung von Menschen in die Gruppe potentieller Leistungsempfänger einer EZ ist der Entwicklungsbegriff. Die Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungsethnologie hat 1989 auf einer Tagung eine kulturell relativ neutrale Formulierung vorgeschlagen, bei der unter Entwicklung die Verbesserung der Situation betroffener Gruppen/Gesellschaften gemäß ihren eigenen Kriterien gesehen werden sollte, wobei globale Notwendigkeiten natürlich mit berücksichtigt werden müssen (z. B. der Erhalt der natürlichen Ressourcen). Es ist keineswegs ein Naturgesetz, daß Kapital, Arbeit und Know-how in der von westlichen ökonomischen Nobelpreisträgern als optimal angesehenen Zusammensetzung die Qualität des Entwicklungsprozesses bestimmen müssen, und schon gar nicht, daß dessen Ziel die Zerstörung des Planeten sein soll (einen anderen Schluß läßt die Tatsache eines quasi religiösen Gebrauchs des quantitativen Wachstumszieles nicht zu; auch die zunehmende Rolle des Autos als Fetisch kennzeichnet den zu erwartenden Weg). Entwicklung ist das, was aus Sicht *der jeweils Beteiligten* sein soll.

Das, was sein soll, ist von Kultur zu Kultur (oder von Ethnie zu Ethnie, Gesellschaft zu Gesellschaft, Kaste zu Kaste usw.) verschieden. Der "mörderischen Gier" der Eliten im Sinne von Enzensberger steht bei vielen Bauerngesellschaften Afrikas eine Ökonomie des "Genugseins", die *"target economy"* gegenüber, die durchaus in erheblichem Umfang differenziert und ausdifferenziert ist (s. Kasten). Diese *"target economy"* mag Entwicklung im modernisierungstheoretischen Sinn behindern, nicht aber innerhalb traditioneller Entwicklungsvorstellungen, da sie mit dem Prinzip der Verbesserung der Situation betroffener Gruppen/Gesellschaften gemäß ihren eigenen Kriterien durchaus konform gehen kann. In diese Wirtschaftssysteme mit induzierter "Hilfe" einzugreifen, ist sowohl im Sinne einer armutsorientierten wie einer partizipativen EZ (Nachfrageprinzip und Vorrang des "Wollens" vor dem "Sollen")⁸⁾ sinnlos, und es ist sicher unöko-

nomisch, da eine Bündelung der knappen Ressourcen zugunsten der wirklich (d. h. auch aus eigener Sicht) Armen verhindert wird.

Target economy

Bei einigen, vielleicht den meisten Ethnien in Afrika gibt es traditionell keine Wertschätzung für die Arbeit an sich. Man arbeitet, um sich und seine Familie zu ernähren, um sich den einen oder anderen Luxus zu leisten, der durchaus mit der Zeit auch immer neue Formen annehmen kann (vom Radio über das Fahrrad zum Blechdach), oder um als Muslim oder Angehöriger einer traditionellen Religion das Brautgeld für eine zweite Frau zu zahlen - aber nicht, um etwas für zukünftige Investitionen auf die Seite zu legen oder "um etwas in späteren Jahren zu haben". Britische Sozialanthropologen haben dafür die Begriffe "target worker" und "target economy" eingeführt - eine Ökonomie des Genug. Das Maß der Arbeit wird genau auf das Ziel abgestimmt, wobei sehr zielorientiert im Vorhinein geplant wird. Die Bauern überlegen sich die Größe der Felder, denken dabei an klimatische Unwägbarkeiten und auch an soziale Bedürfnisse.

Dabei ist es durchaus systemkonform, die Größe der Felder nach der Zahl der Familienangehörigen auszurichten. In neuerer Zeit wird sich auch niemand in einer Gesellschaft daran stören, wenn jemand etwas mehr anbaut, als er oder sie für die Subsistenz der Familie benötigt. Das Bestreben, ein Minimum an Bargeld zu erwirtschaften, wird durch eine "target economy" schon deswegen mit abgedeckt, weil damit als nötig empfundene Inputs wie Düngemittel gekauft oder die Ausgaben für den Schulbesuch der Kinder bezahlt werden können. Auch Standards einer Ökonomie des Genug sind flexibel und ändern sich mit den sich wandelnden Rahmenbedingungen.

Wer allerdings aus diesem System völlig auszubrechen versucht, muß mit Sanktionen rechnen. Im schlimmsten Fall wird er sogar behext. Man zündet sein Haus an oder stiehlt und zerstört das, was nach Meinung der Mehrheit der Gesellschaft das übliche Maß des Erwerbs überschreitet, und wenn es nur ein paar Erdbeerpflanzen dort sind, wo diese üblicherweise nicht vorkommen. Entwicklung im westlichen Sinn wird so bewußt verhindert.

Dies ist sicher ein nicht-dynamischer traditioneller Wert im Sinne von Kabou. Allerdings muß die Frage erlaubt sein, ob diese "Entwicklungs"-Barrieren nicht doch in mancher Situation angepaßt sind, dort zum Beispiel, wo so die Übernutzung der Ressourcen erfolgreich verhindert wird. Kann man Faktoren, die etwa zur Rodung von Tausenden von Hektar Buschland für agroindustrielle Zwecke und am Ende zur Desertifikation führen, dagegen unbedingt als "dynamisch" bezeichnen?

Verbesserter Ressourcenzugang statt Sozialhilfe

Das Plädoyer für ein "Recht auf Normalität" im Entwicklungsprozeß darf nicht in der Weise mißverstanden werden, daß die

Verhältnisse bei den genannten, aus eigener Sicht eher zufriedenen Bauerngesellschaften nicht in vielerlei Hinsicht verbessert werden könnten. Schon gar nicht bedeutet es, daß es keine "Unterentwicklung" (im Sinne von Armut und Unterdrückung) gibt, und daß hierfür niemand Verantwortung hat. Jedoch trägt die so ermöglichte differenzierte Herangehensweise dazu bei, Prioritäten für eine internationale EZ zu definieren. Menzels Frustration, die in seinen Vorschlägen zu einer grundlegenden Neuorientierung der Nord-Süd-Politik zutage tritt⁹⁾, basiert offensichtlich auf der Tatsache, daß auch er die Eigenperspektiven der Betroffenen von Entwicklung nicht berücksichtigt.

Wenn mit Entwicklungshilfegeldern nicht erst traditionelle Normalitäten abgebaut werden müssen, bevor eine Intervention überhaupt "verbessernd" wirken kann, könnte die Wirkung der Gelder potenziert werden und EZ selbst zu einer Entwicklungsstrategie werden, anstatt wie bislang als abhängige, zuweilen korrigierende Variable der Weltwirtschaft zu fungieren.

In jedem Fall ist auch für die "restlichen" Hunderte Millionen von Menschen, die Unterstützung bei ihrer wie auch immer definierten Entwicklung brauchen, eine pauschale Weltsozialhilfepolitik wenig angebracht. Die Analyse der kulturellen Verhältnisse und des sozio-ökonomischen Umfeldes dürfte in vielen Fällen belegen, daß nicht eine externe Hungerhilfe gegeben, sondern der lokale nachhaltige Zugang zu Ressourcen gefördert werden müßte. Hierfür gibt es zwei Alternativen, deren Auswahl erneut nur durch genaue Untersuchung der spezifischen Situation ermöglicht wird: Der erste Weg ist die Umverteilung, die konfliktreich oder einvernehmlich erfolgen kann, in jedem Fall aber ein Empowerment der ärmeren Bevölkerung voraussetzt. Dieses Empowerment zu fördern und organisatorisch und materiell abzusichern, könnte ein operatives Ziel der EZ unter dem Oberziel der Armutsbekämpfung sein.

Der zweite Weg ist der verbesserte oder erstmals geschaffene Zugang zu bisher nicht genutzten und/oder nicht erschlossenen Ressourcen. Diesen Ressourcenzugang zu fördern, sollte das zweite operative Ziel der EZ sein. Aufgabe der EZ wäre in diesem Zusammenhang die Untersuchung der traditionellen Lösungsstrategien für Probleme bei armen Bevölkerungsgruppen und die Beantwortung der Frage, warum diese heute nicht mehr funktionieren. In einem zweiten Schritt wäre in einem partizipativen Verfahren zu prüfen, welche induzierten (nicht zwangsläufig,

aber unter Umständen auch "industriegesellschaftlich-modernen") Verfahren, Ansätze, Techniken usw. geeignet wären, zu neuen funktionierenden Lösungsstrategien zu führen, sprich den Ressourcenzugang zu verbessern.

Es geht also um die Frage der Kompatibilität zwischen induzierten Verfahren und den kulturellen Bedingungen der Armen, selbstverständlich vor dem Hintergrund der natürlichen Gegebenheiten. Suche nach und Wahrung der Kompatibilität ist der bestimmende Faktor jeder Implementierung, die im übrigen auch nicht zwangsläufig den bisherigen geschlossenen Projektcharakter behalten muß.

Die an anderer Stelle ausführlich behandelte Frage nach der Legitimität der Akteure der EZ und ihrer Hilfsangebote⁸⁾ - eine rein nachfrageorientierte EZ ist Illusion, da die Ärmsten nicht nachfragen können (und dürfen) - ist neben der Kompatibilität ein weiteres Kriterium für eine EZ, die, sich an kulturelle Gegebenheiten herantastend, so zumindest eine Erfolgchance hat.

Eine kulturell angepaßte Politik der Armutsminderung muß natürlich auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen und kann sich nicht allein auf ein Dorf oder einen Landstrich beschränken. Das, was heute vorwiegend als Beitrag zur Marktöffnung und als Vorbedingung zur Weltmarktintegration gefordert wird, nämlich die Verbesserung der nationalen Rahmenbedingungen für "Entwicklung", ist nicht deswegen falsch, weil es auch von Neoliberalen zur Verbesserung der Investitionsbedingungen in den Ländern des Südens verlangt wird. Ein geordnetes Fiskalsystem mit wirklich eingetriebenen Steuern und Zöllen ist die Voraussetzung auch für das entwicklungsorientierte Handeln des Staates, ebenso die Schaffung rechtsstaatlicher Strukturen und vielleicht sogar der Vorrang der privaten Initiative in einer Volkswirtschaft vor der öffentlichen Hand. Jedoch auch auf dieser staatlichen Ebene ist die Kompatibilität zwischen denkbaren Veränderungen und den nationalen resp. regionalen (kulturellen) Voraussetzungen zu wahren.

1) Unter Kultur wird hier nicht jenes Außergewöhnliche und Pittoreske verstanden, das jenseits von alltäglicher Produktion und Reproduktion angesiedelt ist, sondern ein umfassendes Ganzes im Sinne von E. B. Tylor (Primitive Culture. Boston 1871). Technik, Verwandtschaft, Recht und auch Wirtschaft sind demnach Teilaspekte von Kultur.

- 2) Ulrich Menzel (1992): Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie. Frankfurt/M., S.130f.
- 3) Richard Thurnwald (1939): Koloniale Gestaltung. Hamburg
- 4) Bassam Tibi (1985): Der Islam und das Problem der kulturellen Bewältigung der Moderne. Frankfurt/M., S. 163f.; ders. (1992): Islamischer Fundamentalismus, moderne Wissenschaft und Technologie. Frankfurt/M.
- 5) Karl Marx (Hg.: L. Krader) (1974): The Ethnological Note-books. Assen
- 6) Hans Evers (1987): Subsistenzproduktion, Markt und Staat, in: Geographische Rundschau 39:3, S.136-140
- 7) Axelle Kabou (1995): Weder arm noch ohnmächtig. Basel
- 8) Zur Legitimität von EZ vgl. Bliss et al. (1997): Die sozio-kulturellen Schlüsselfaktoren in Theorie und Praxis der staatlichen deutschen EZ. Köln, Weltforum (Forschungsberichte des BMZ, 122). S. a. Bliss (1991): Handlungsbedarf und Zielgruppenorientierung in der Entwicklungszusammenarbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 25-26, S. 20-28
- 9) Menzel 1992, S. 202-224

Dr. Frank Bliss ist Privatdozent für Ethnologie an der Universität Hamburg und entwicklungspolitischer Gutachter.